

4552/J XX.GP

der Abgeordneten Öllinger, Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales
betreffend Aktion “Freitag der 13. “ - öffentliche Fragestunde zur Arbeitsmarktpolitik
Bei der Aktion “Freitag der 13. “ - öffentliche Fragestunde zur Arbeitsmarktpolitik forderte
die Aktionsgemeinschaft (SOS - Mitmensch, Netzwerk der Frauen- und
Mädchenberatungsstellen, Plattform OÖ Sozialprojekte, Bundesdachverband für
Sozialprojekte, Vereinigte Arbeitsloseninitiativen, Berufsverband dipl. SozialarbeiterInnen,
Tekla Stmk., etc.) in einer Presseerklärung vor dem Sozialministerium:

- Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf durchschnittliches EU - Niveau. Keine
Regierungs - “Offensiven” ohne Budgetierung.
 - Stärkung qualifizierter, sinnvoller Arbeit am sogen. Zweiten Arbeitsmarkt (Besonders
für Frauenprojekte, “schwer Vermittelbare” etc.)
 - Freie Wahl von Qualifizierungs - und Beschäftigungsangeboten durch die Betroffenen.
Keine Maßnahmen von “Zwangintegration”
 - Vertretung von Arbeitslosen. rechtlich verankerte Anwaltschaft (analog der
Patientenanwaltschaft,...).
 - VertreterInnen der Sozialministerin versicherten in einem anschließenden Gespräch, daß
Ministerin Lore Hostasch die Fragen beantworten wird. Bis jetzt wurden diese Fragen
laut Auskunft von Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft noch nicht beantwortet.
- Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum werden die Mittel für die “Aktive Arbeitsmarktpolitik” (0,38% des BIP) nicht
erhöht, wenn Österreich im internationalen Vergleich ein Schlußlicht bei diesen
Ausgaben darstellt?
2. Warum sind Einrichtungen für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppen
kein unentbehrlicher und fixer Bestandteil der “Aktiven Arbeitsmarktpolitik”?
3. Warum ist es 1998 zu weiteren massiven Einsparungen bei rund 30 langjährig tätigen
Einrichtungen (OÖ, NÖ, Stmk.) und arbeitsmarktpolitischen Programmen
gekommen?

4. Wie soll die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, die Reduktion der Arbeitslosigkeit, die Senkung der Armut (arbeitsmarkt)politisch umgesetzt werden, wenn dafür notwendige Einrichtungen und Programme sukzessive eingestellt werden?
5. Wie können so hohe Ziele erreicht werden, wenn hunderte Millionen für die Arbeitsmarktförderung 1998 - 1999 nicht mehr zur Verfügung stehen?
6. Ist die "Lehrlingsaktion" die alleinige Ursache für alle AMS - Einsparungen 1998?
7. Wer trägt die Verantwortung für eine Entwicklung, die nicht einmal mehr eine kurzfristige arbeitsmarktpolitische Planung zuläßt?
8. Ist es vereinbar, daß die AMS - Gremien über die Förderung von ihnen nahestehenden Einrichtungen/betrieben entscheiden?
9. Warum gibt es keine öffentlichen Statistiken bezüglich der AMS - Mittelvergabe?
10. Warum ist die verdeckte Arbeitslosigkeit und das Ausmaß der Armut bei ÖsterreicherInnen und MigrantInnen kein sichtbares arbeitsmarkt - und sozialpolitisches Thema?